

Gespräch zwischen Jürgen Habermas und Frank-Walter Steinmeier

Integration oder Devolution?

Über die Zukunft der Europäischen Union

In der Reihe »Philosophy meets Politics« des Kulturforums der Sozialdemokratie, das – von Julian Nida-Rümelin vor elf Jahren initiiert – international bedeutende politische Philosophen mit führenden Repräsentanten sozialdemokratischer Politik ins Gespräch bringt, diskutierten am 23. November 2007 im Berliner Willy-Brandt-Haus Jürgen Habermas und Frank-Walter Steinmeier über »Europäische Perspektiven«. Wir dokumentieren Auszüge aus der Diskussion im Anschluss an die beiden Vorträge.

Julian Nida-Rümelin: In den Ministerrats-sitzungen ist oft die Rede von Vielfalt. Frank-Walter Steinmeier hatte auf die Sprachenvielfalt hingewiesen, Respekt vor Multilingualität, Multikulturalität, das sei das eigentlich Gemeinsame, auf dem der

europäische Integrationsprozess beruhe. Gibt es darüber hinaus eine normative kulturelle Gemeinsamkeit, die dieses Projekt über die gegenwärtigen, aber vielleicht auch zukünftigen Schwierigkeiten hinwegbringen könnte? Und wenn dem so ist,

Macht und Geist finden zusammen.



Reiner Zentgen



Reimer Zensen

Jürgen Habermas

wie kann die EU-Politik, die Politik der Kommission, des Ministerrates an diese Gemeinsamkeiten – europäische Öffentlichkeit, kulturelle Gemeinsamkeit, normative Verfasstheit des Projekts europäische Integration – anknüpfen?

Jürgen Habermas: Sie kommen da zu der Frage, ob sich überhaupt so etwas wie eine europäische Identität entwickeln kann. Wir kennen ja die Gegenthese: Es gibt kein europäisches Volk, infolge dessen kann es auch eine stärker verflochtene Europäische Union nicht geben. Dazu ist vieles gesagt worden. Es gibt eine Schwierigkeit: Sehr viele längerfristige, gemeinsame europäische Traditionen sind längst nicht mehr gleichsam Eigentum der westlichen Kultur. Das gilt für die Wissenschaft, für Rechtsprinzipien, Wirtschaftsverfassungen und für vieles andere mehr.

Ich weiß, dass Julian Nida-Rümelin zu dieser Frage eigene Arbeiten verfasst hat, die zurückgehen auf Athen, auf Rom, auf

Jerusalem. Ich frage mich, ob diese langfristigen Traditionen für das europäische Projekt wirklich eine so große Rolle spielen, wenn man bedenkt, dass sich das Gegenargument gegen die Möglichkeit eines weitergehenden Einigungsprozesses auf ein differenziert entstandenes Nationalbewusstsein stützt, das eine sehr viel kürzere Geschichte hat. Wenn man sieht, wie im 19. Jahrhundert dieses Nationalbewusstsein von Geschichtsschreibungen konstruiert worden ist, zu dem gerade hier in Deutschland der Begriff des Volksgeistes gehörte, und verbreitet worden ist über Massenkommunikationsmittel, dann sollte man sich über den konstruktiven Charakter eines solchen europäischen Gemeinbewusstseins nicht täuschen.

Frank-Walter Steinmeier: Die Frage, gibt es überhaupt so etwas wie das Normative für das Wachsen und Werden von Europa, habe ich mir nahe liegend auch häufig gestellt. Ich komme zu unterschiedlichen Antworten, je nachdem, ob ich mich Europa von 2007 her nähere oder von 1945. Aus heutiger Sicht sage ich natürlich auch, es wäre für dieses Europa besser gewesen, man hätte zu irgendeinem Zeitpunkt eine Gesamtschau aller regelungsbedürftigen europäischen Probleme erstellt, hätte unter den Gründungsstaaten oder nach der ersten Erweiterungsrunde eine Agenda entwickelt, die die Verfasstheit einer Europäischen Union sehr frühzeitig geklärt und in einem gesamtheitlichen Ansatz europäische Politik in europäischen Institutionen bewältigt hätte.

Die Betrachtung von 1945 her finde ich eigentlich interessanter. Wir dürfen von heute aus gesehen nicht vergessen, dass die ersten europäischen Kooperationsformen weniger als zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erfunden worden sind. Jemand, der wie ich jetzt in vielen internationalen Konfliktfeldern unterwegs sein muss, bekommt eine Ahnung davon, welche Verwüstungen, Tod und Zerstörung auch im

Verhältnis von Nachbarvölkern untereinander hinterlassen wurden. Nur wer sich das in Erinnerung ruft, kann sich vorstellen, welches Maß an Großzügigkeit und Vertrauen dazu geführt hat, dass die Nachbarn, die Opfer des von Deutschland ausgehenden Krieges waren, bereits zehn Jahre nach dem Ende dieses Krieges wieder zur Zusammenarbeit bereit waren. Wenn man dann fragt, was war der Ausgangspunkt dafür, dann war das letztlich neben Großmut und neben Vertrauen wahrscheinlich Vernunft. Vernunft, dieses Deutschland einzubinden in einen europäischen Prozess. Das ist eine Sollenskategorie, die in diesen normativen Zusammenhang gehört.

Nida-Rümelin: Herr Habermas, Sie hatten ja kritisiert, dass gerade in letzter Zeit trotz positiver Aspekte der sechsmonatigen

Abend und die Nacht, in der das Mandat für die Regierungskonferenz ausgehandelt wurde, wirklich ein Moment europäischer Einigungsgeschichte darstellt. Wäre dies schief gegangen, dann wären die Folgen gar nicht abzusehen gewesen. Das ist sicher eine große Leistung, ich will noch einmal unterstreichen, was die deutsche Ratspräsidentschaft zustande gebracht hat.

Dennoch, die Frage, zu der ich gerne die Meinung des deutschen Außenministers hören würde: Glauben Sie wirklich, dass in absehbarer Zeit eine auch nur informelle Übereinstimmung zwischen diesen 27 Regierungen über das, was man unter Finalität einmal verstanden hat – heute spricht ja keiner mehr davon – zustande kommen könnte? Wenn das aber – und ich halte das für sehr wahrscheinlich – nicht der Fall ist, ist es denn dann nicht realis-

» Glauben Sie wirklich, dass in absehbarer Zeit eine auch nur informelle Übereinstimmung zwischen diesen 27 Regierungen über das, was man unter Finalität einmal verstanden hat, zustande kommen könnte? «

(Jürgen Habermas)

deutschen Ratspräsidentschaft der Elitarismus in den Entscheidungsprozessen der Europäischen Union besonders deutlich geworden ist. Sie haben einen ganz konkreten Vorschlag unterbreitet, dass diese Blockade mit einer Art Bürgerreferendum mit einer doppelten Erfolgsquote, nämlich von Staaten und der europäischen Bürgerschaft, gelöst werden könnte. Zur gleichen Zeit ist deutlich geworden, dass der Außenminister in der Fortsetzung des Reformvertrages, der ja erst einmal ratifiziert werden muss, den weiteren Weg der Europäischen Union sieht. Das ist doch ein deutlicher Gegensatz.

Habermas: Zunächst einmal: Hätte ich eine Laudatio aus Anlass einer Ehrendoktorwürde auf Herrn Steinmeier halten dürfen, dann wäre wahrscheinlich alles das auch gewürdigt worden, worauf er zu Recht hingewiesen hat. Ich bin überzeugt, dass der

tisch anzunehmen, dass wir eher Prozesse der Devolution, der Rückbildung vor Augen haben als Schritte einer weiteren Integration? Mein Zweifel verkörpert sich in den Personen von Brown, Merkel und Sarkozy. Stellen Sie sich alle drei nacheinander auf der Farm bei Bush vor und dann wissen Sie, was ich meine. Das ist Devolution.

Es gibt wirklich einen Gewinn, der auch nicht mehr verspielt werden sollte. Aber gerade, wenn wir uns in sozialen Fragen, der Angleichung sozialpolitischer Regime, der Angleichung von Wirtschaftspolitiken oder gar gemeinsamer Sicherheits- und Außenpolitiken nähern, sehe ich nicht, was für eine zunehmende Konvergenz sprechen könnte. Und wenn das nicht der Fall ist, dann werden wir in dem geschaffenen Rahmen doch eher mit einem Rückfall in die Machtspielchen des 19. Jahrhunderts – Gott sei Dank gedämpft durch die Supermacht – rechnen müssen.

Steinmeier: Ja, Herr Habermas, die große Frage Europas kann ich nur beantworten mit dem Hinweis, nichts kommt von selbst und wenig ist von Dauer. Damit will ich sagen, dass all die Gefährdungen, die Sie beschrieben haben, durchaus bestehen. Das ist gar keine Frage. Europa wird sich immer nur dann bewegen, wenn es eine kritische Masse von Staaten gibt, die dieses supranationale Gebäude mit einem immer noch losen politischen Zusammenhang in die richtige Richtung bewegen und dafür die notwendige Unterstützung von denjenigen erhalten, die inaktiv am Rande ste-

hen. Es gibt keine Art Versicherungsgarantie, dass dieses Europa sich von selbst in die richtige Richtung bewegt. Das ist ein täglicher Überzeugungsprozess, der die Öffentlichkeit nicht nur berühren sollte, wenn – wie im Fall der Verfassung – zwei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden unerwartet schief gehen. Aber ansonsten wandert er vielleicht nicht täglich, aber doch in kürzeren Zeitabständen, durch die jeweiligen Präsidentschaften.

Frage ist, ob Europa nicht eine Grenze der Integration erreicht hat, jenseits derer auch Regierungschefs, Minister, ganze Regierungsapparate Funktionseinbußen hinnehmen müssten, die sie nicht hinnehmen wollen.

Wenn das so ist, stellt sich die Frage, ob nicht die Bevölkerungen selber eine sehr viel aussichtsreichere Dynamik entfalten könnten. Man muss sich nur vorstellen, dass dieselben Parteien, die in der Regierung Gründe haben zu bremsen, sich in einem Referendumswahlkampf in Verbindung mit einer Europawahl genötigt

» Europa wird sich immer nur dann bewegen, wenn es eine kritische Masse von Staaten gibt, die dieses supranationale Gebäude in die richtige Richtung bewegen. «
(Frank-Walter Steinmeier)

hen. Es gibt keine Art Versicherungsgarantie, dass dieses Europa sich von selbst in die richtige Richtung bewegt. Das ist ein täglicher Überzeugungsprozess, der die Öffentlichkeit nicht nur berühren sollte, wenn – wie im Fall der Verfassung – zwei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden unerwartet schief gehen. Aber ansonsten wandert er vielleicht nicht täglich, aber doch in kürzeren Zeitabständen, durch die jeweiligen Präsidentschaften.

Nida-Rümelin: Herr Habermas, Sie hatten Ihre Kritik auf eine Alternative zugespitzt, nämlich die Blockade fortsetzen oder die Bürger entscheiden lassen. An einer anderen Stelle sagen Sie »die Regierungen sind der Hemmschuh, nicht die Bevölkerung« und unterbreiten dann einen sehr konkreten Vorschlag.

sähen, zu Alternativen öffentlich Stellung zu nehmen, die sie jetzt beiseite schieben und verschleiern können. In einer absehbaren Anzahl von Ländern müssten sich dann alle großen Parteien für eine weitergehende Einigung schlagen. Die Umfragedaten, auf die ich hier nicht eingehen kann, zeigen zumindest, dass ein neues Szenario nicht aussichtslos ist, wenn sich die Parteien inhaltlich engagieren müssten. Wir haben in Deutschland noch keinen einzigen ernstlichen Europawahlkampf gehabt. Wir haben ihn in Frankreich gehabt, er ist schief gegangen aus vielen Gründen, aber doch vor allem aus dem Grund, weil nationale Themen die europäischen überwogen haben. Natürlich ist der vermutlich unüberwindliche Engpass der Ministerrat. Wie soll jemals der Ministerrat einen Beschluss über ein solches Referendum fassen?

Habermas: Mein Zweifel an der Wahrscheinlichkeit, dass sich unter den Regierungen weiterführende Kompromisse im Hinblick auf gemeinsame Politiken ergeben, beruht auch darauf, dass es ein verständliches Selbsterhaltungsinteresse bestehender Regierungssysteme gibt. Die

Nida-Rümelin: Ich finde diesen Punkt deswegen so interessant, weil er zwei Aspekte miteinander verbindet, nämlich die Problematik, wie man eine europäische Öffentlichkeit und eine Identifikation der europäischen Bürgerschaft herstellt – nennen wir sie »European Citizenship« –, auch wenn

diese im Reformvertrag, im Gegensatz zum Maastricht-Vertrag und Verfassungsentwurf, nicht mehr vorkommt. Um eine solche zu konstituieren, bedarf es eines Projekts, mit dem sich diese europäische Bürgerschaft erst einmal auseinandersetzt. Und wenn die Referenden nicht auf Nationalstaaten beschränkt wären wie in der Vergangenheit, sondern europaweit abgehalten würden, wäre das vermutlich ein qualitativer Schub in Richtung einer europäischen Öffentlichkeit und eines europäischen Bewusstseins.

Steinmeier: Eine Unterscheidung würde ich bei aller normativen Übereinstimmung noch machen: Wir sollten nicht der Illusion aufsitzen, dass der europäische Bürger sich schon deshalb als Teil einer europäischen Bürgerschaft fühlt, weil wir es in die Verfassung oder in einen Reformvertrag schreiben.

Zu dem, was Herr Habermas eben angemerkt hat: Ich bin völlig einig mit ihm, wenn es uns gelänge, aktiv und positiv europäische Themen in Wahlkämpfen unterzubringen, dann wäre ich sehr dafür, dass wir das nicht nur bei Wahlkämpfen zu Wahlen des Europaparlaments tun, sondern auch bei Wahlen zum Bundestag oder zu den Landtagen. Das Problem ist nur, das wissen wir ja auch alle miteinander aus Erfahrung, dass sich so Wahlkämpfe nicht gestalten. Ob Themen Gehör geschenkt wird, hängt nicht allein an denjenigen, die am Mikrofon stehen, sondern hängt auch davon ab, ob diejenigen, die dort in den Veranstaltungen angesprochen werden, ein ähnliches Problembewusstsein haben. Und ganz ohne Zweifel ist das im Blick auf Europa nicht so.

Mit anderen Worten und etwas konkreter: Solange Parteien sich sehr allgemein positiv zur Europäischen Union äußern, ist das kein Problem, auch für die Bürger nicht. Die Parteien erfahren keinen Widerspruch und können werbend für die Europäische Union eintreten. Wenn aber



Reimer Zensen

Frank-Walter Steinmeier

Europa zu einem Reizthema wird, dann liegt in der Regel etwas vor, was als Belastung durch europäische Entscheidungen empfunden wird. Das mag am Ende vielleicht der Grund dafür sein, warum sie nicht mit Gegenpositionierungen zur europäischen Dienstleistungsrichtlinie oder zur Verordnung über Diesel-Rußpartikel-Filter, oder was auch immer gerade auf der gesetzgeberischen Ebene in Brüssel geregelt wird, in die Wahlkämpfe ziehen. Mit anderen Worten: Ich glaube nicht, dass es am mangelnden europäischen Bewusstsein in den Parteien liegt, sondern dass die europäischen Themen vielleicht ein bisschen zu weit weg sind von den Bürgern, die wir in Wahlkämpfen mit Reden, Schriften oder auf anderem Weg erreichen wollen.

Habermas: Herr Steinmeier hat in seiner Replik den Ball sehr geschickt zurück gespielt und zwar mit gutem Grund. Wenn



Rainer Zensen

Julian Nida-Rümelin moderierte den Diskurs.

ich über die Regierung spreche, thematisiert er die Öffentlichkeit. Mein Kollege Dieter Grimm hat schon vor vielen Jahren gesagt: Es gibt keine europäische Öffentlichkeit. Und er hat damit den Satz, dass es kein europäisches Volk gäbe, durch ein besseres Argument ersetzt. Aber die europäische Öffentlichkeit scheitert nicht an 22, 27 oder noch mehr Sprachen. Das kann nicht das Problem sein. Denn wir wohnen ja nicht mehr in einem Dorf, wo die Nachbarn miteinander reden müssen. Die Kommunikation kann überhaupt nur über die heute allein bestehenden Öffentlichkeiten funktionieren und das sind nationale Öffentlichkeiten. Die sind gut institutionalisiert. Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob in diesen Öffentlichkeiten Filter eingebaut werden, über die die nötigen Übersetzungen laufen, so dass sich diese Öffentlichkeiten jedenfalls bei europäischen Themen füreinander öffnen. Was an europäischen Themen in der einen natio-

nen Öffentlichkeit erörtert wird, müsste in den Öffentlichkeiten der anderen Mitgliedsländer präsent gemacht werden.

Wir erleben das bei einem Gipfel. Vier Wochen vor und drei Wochen nach einem Gipfel sind zumindest überregionale Zeitungen voller Diskussionen, die jeweils in relevanten anderen Öffentlichkeiten über dieselben Themen stattfinden. Das wäre eine europäische Öffentlichkeit, die wir in der Tat noch nicht haben.

Steinmeier: Mein Hinweis, Herr Habermas, auf die gemeinsame Verantwortung zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit war kein Versuch der Politik sich zu entziehen. Ich sehe unseren Teil und ich sehe ihn auch insbesondere in der Außenpolitik.

Im Übrigen noch einmal zur europäischen Öffentlichkeit, damit kein Missverständnis aufkommt: Ich habe nicht davon gesprochen, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass es sie gibt. Ich sage nur, aktuell haben wir keine stabile europäische Öffentlichkeit, die als Gegengewicht zu einer europäischen Staatlichkeit oder zu den europäischen politischen Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, wirklich besteht. Sie muss von unten wachsen und wir arbeiten ja daran, dass sie wachsen kann.

Mit meinem hannoverschen Nachbarn Oskar Negt habe ich häufiger über »Öffentlichkeit und Erfahrung« sprechen können. Ich würde hier sagen, »Öffentlichkeit kraft Erfahrung«, das ist das, was europäische Öffentlichkeit entstehen lässt. Und darum ist etwa der Jugendaustausch, wie er tatsächlich inzwischen von selbst ohne staatliche Unterstützung nicht nur im Verhältnis zu Frankreich passiert – dass Jugendliche, Schüler und Studenten wie selbstverständlich ins europäische Ausland fahren, einen Teil ihrer Schule oder ihres Studiums dort verbringen – eine der stabilen Grundlagen, aus denen europäische Öffentlichkeit wachsen kann.